

Bezugspreis:

Vom 11.-17. November 240 Milliarden
Wert heraus zahlbar. Unter Kreuz-
band vom 11.-17. November für
Deutschland, Dänzig, Saar und
Weimargebiet, Ostpreußen, Litauen,
Luzemburg 340 Milliarden, für das
übrige Ausland 440 Milliarden. Post-
bezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Koll und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Sieblung und Kleingarten“
erscheint wochentäglich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 14. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontonr.: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Distonto-Gesellschaft, Depositalstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Doppelseite
0,70 Goldmark, Reklamseite
0,50 Goldmark. „Reine Anzeigen“
des festgedruckten Wort 0,30 Gold-
mark (inklusive zwei festgedruckte
Zeilen), jedes weitere Wort
0,10 Goldmark. Streifenlänge des
ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes
weitere Wort 0,05 Goldmark.
Worte über 15 Buchstaben zählen
für zwei Worte. Familienanzeigen
für Kleinrenten 0,20 Goldmark.
Eine Goldmark - ein Dollar geteilt
durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer
wählen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Öffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Sozialdemokratie für Reichseinheit!

Gegen „vorübergehende“ Preisgabe von Rhein und Ruhr!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tagte gestern vor- und nachmittags, um zu den aktuellen politischen Fragen Stellung zu nehmen. Er war einmütig der Auffassung, daß die passive Haltung der Reichsregierung im Konflikt mit Bayern die größte Gefahr für die Reichseinheit heraufbeschwören müsse. In Anbetracht der verfassungs-widrigen Zustände in Bayern müsse die Reichsregierung schleunigst zu durchgreifenden Maßnahmen schreiten. Insbesondere müsse gefordert werden, daß Leben und Eigen-tum der bayerischen Staatsbürger gegen die gewalt-tätigen Uebergriffe der Hitlerbanden geschützt werden. Alle bewaffneten Banden müßten in Bayern aufgelöst werden, so daß Waffen nur noch im Besitz der Reichswehr und Polizei wären. In Bayern müßten in jeder Beziehung ver-fassungsmäßige Zustände geschaffen werden. Insbe-sondere müsse die Freiheit der Presse wieder hergestellt werden. Von Reichs wegen müsse ein Strafverfahren gegen Ludendorff, Hitler und Konforten eingeleitet werden, die des Hochverrats gegen das Reich schuldig seien.

Der Vorstand nahm weiter von sächsischen und thü-ringischen Beschwerden gegen die Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes Kenntnis und beauftragte die Fraktionsführer, diese Beschwerden gegen die Reichs-regierung zu vertreten, wie das in ähnlichen Fällen bereits geschah.

Der Fraktionsvorstand beriet ferner über die Vorgänge am Rhein und an der Ruhr. Er beauftragte die Fraktions-vorstand, auf das schärfste Stellung zu nehmen gegen die von der Regierung schon in den nächsten Tagen beabsichtigte Einstellung der Erwerbslosengelder und der sozialen Unterstützungen. Trotz der traurigen Finanzlage des Reiches müßten für die Bevölkerung im Rheinland und im Ruhrgebiet diese Unterstützungen ebensolange gezahlt werden, als für irgendeinen anderen Teil des Reiches. Ein gegen-teiliges Vorgehen treibe weite Kreise der Bevölkerung geradezu dem Separatismus in die Arme. Die Sozial-demokratie verlange von der Regierung, daß sie die äußersten Anstrengungen macht, um das Reich in den Grenzen zu er-halten, die ihm nach dem verlorenen Kriege gebühren sind.

Der Fraktionsvorstand beauftragte seine Unterhändler, in der Parteiführerbekämpfung, die für Dienstag von dem Reichskanzler abgefragt wurde und deshalb auf die nächsten Tage verschoben ist, diese Gesichtspunkte mit aller Entschiedenheit zur Geltung zu bringen. Ferner sprach der Fraktionsvorstand dem Reichstagspräsidenten den Wunsch aus, daß er in den nächsten Tagen den Ältestenausschuß zu-sammenberufen möge, damit dieser zu der Einberufung des Reichstags Stellung nehmen kann. Der Fraktions-vorstand ist der Auffassung, daß die Reichsregierung nicht das Recht hat, das Parlament in Fragen, die für das Leben der deutschen Nation von entscheidender Bedeutung sind, vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die Kundgebung des Vorstands der Sozialdemokrati-schen Reichstagsfraktion ist ein Alarmruf.

Was die sozialdemokratischen Reichsminister vor ihrem Rücktritt vergeblich zu verhindern suchten, entfaltet sich nach ihrem Rücktritt ungehemmt: eine kopflose Politik, die zu ver-derblichen Fieseln führt.

In Sachsen, Thüringen und anderwärts wird die Arbeiterbevölkerung durch ein ganz überflüssiges Militär-regiment gereizt und verbittert.

Inzwischen wartet man in Berlin, welche Partei in Bayern oben zu liegen kommen wird, um mit ihr Kom-promisse zu schließen.

Das sind sehr schlimme Dinge. Aber was sich im be-sezten Gebiet vorbereitet, das ist vielleicht noch schlimmer.

Im Laufe dieses Monats, ab 15. oder 25. November, sollen für Rhein und Ruhr die Arbeitslosenunter-stützungen und die Sozialrenten gesperrt werden. Begründet wird diese Absicht mit der Tatsache, daß die Franzosen im besetzten Gebiet alle Herrenrechte für sich in Anspruch nehmen, alle Lasten aber auf das Reich abschleiben. Diese Tatsache ist an sich richtig, nur der Schluß, den man aus

ihm zieht, ist grundfalsch. Es kann kein schlechteres Mittel geben, das angemachte Herrenrecht der französischen Militärs zu bekämpfen, als die Einstellung der Unterstützungen.

Wohin die Reise geht, zeigt nicht nur die Ernennung des Herrn Farges zum Innenminister, die für den neuen Kurs symptomatisch ist, sondern auch ein Artikel des Stegerwald-„Deutschen“, worin auf das Haager Landkriegs-abkommen verwiesen wird, nach dem die besetzende Macht auch zur Versorgung des besetzten Gebiets verpflichtet ist. Das heißt, man will Rhein und Ruhr an Frankreich preisgeben, so wie man im Krieg einen Landesteil preis-gibt, weil man ihn nicht halten kann. Im Krieg erfolgt eine solche Preisgabe allerdings nur in der Absicht, durch sie den Krieg zu gewinnen und das vorübergehend preisgegebene Gebiet zu retten. Die Preisgabe, die hier vollzogen werden soll, ist aber nicht im Sinne einer militärischen Preisgabe vor-übergehend, und sie eröffnet für die Wiedergewinnung des verlorenen Landes nicht die geringsten Aussichten.

Wir haben das Land nicht vor den französischen Baji-onetten schützen können. Unser Trost aber und unser Stolz blieb immer, daß die Herzen für das Deutsche Reich schlugen. Das Volk an Ruhr und Rhein ist in furchtbare Not geraten, weil es in neun Monaten des passiven Wider-stands für seine Zugehörigkeit zum Reich gekämpft hat. Wie soll dieses Volk es verstehen, wenn nun gerade ihm die Unterstützungen gesperrt werden, die man an die anderen Reichsteile weiterbezahlt?! Muß es sich da nicht selber sagen, daß es von der deutschen Reichsregierung nicht mehr als ein Stück des deutschen Volkes betrachtet und behandelt wird, wie etwa die Pommern, die Sachsen, die Schlesier?

Man sagt, die Not des Reiches gestatte nicht die Weiter-zahlung der Unterstützungen. Wir antworten: Berechtigkeit und politische Ueberlegung gestatten nicht, daß in der finan-ziellen Versorgung des unbesetzten und des besetzten Gebiets ein Unterschied zuungunsten der letzteren gemacht wird. So-lange wir noch ein Reich und ein Volk sind, sitzen wir alle um denselben Tisch, und wenn die Suppe nicht langt, so muß sie für alle gestreckt werden. Wir dürfen aber nicht denken, die zu uns gehören, sagen, daß sie sich ihr Brot anderwärts suchen sollen.

Es gibt jedoch Politiker — und je weiter man nach rechts geht, desto häufiger findet man sie —, denen die Ein-stellung der Unterstützungen nicht nur nicht als ein verhäng-nisvoller Fehler, sondern als der erste Schritt einer in ihrer Art konsequenten Politik erscheint. Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode. Die Preisgabe von Rhein und Ruhr ist von diesen Leuten bitter ernst gemeint. Sie bilden sich nämlich ein, die Sache könnte wirklich wie in einem richtigen Krieg gemacht werden: man zieht sich zurück, um die ausgegebenen Positionen nachher desto sicherer wieder-zunehmen. Wären die Verfechter dieser Politik nicht von allen guten Geistern verlassen, so müßte sie schon eines stuhlg-machen: nämlich das Vergnügen, mit dem das imperialistische Frankreich bereit ist, auf ihre hinverbrannten Pläne einzugehen. Was dieses imperialistische Frankreich seit 1917 mit allen Mitteln der Geheimverträge, der Intrige, der Bestechung zu erreichen versucht hat, das wollen sie ihm auf dem Prä-sentierbrett entgegenbringen: das autonome Rhein-land, das sich alsbald zu einem völlig von Deutschland los-gelösten, „neutralisierten“, d. h. ganz unter französischen Ein-fluß gebrachten Rheinstaat verwandelt wird.

Diese deutschen Politiker, deren Einfluß bis weit in die ungebildete Reichsregierung hineinreicht, wollen also den Poincaré und Tirard in die Hände arbeiten, natürlich nicht ihnen bewußt zu Gefallen, sondern weil sie dumme Teufel sind und sich selber für ganz besonders pfiffig halten. Diese dummen Teufel haben uns jahrelang mit schlaudem Augenblinzeln ins Ohr gemispert: „Laßt doch nur die Fran-zosen ins Ruhrgebiet einmarschieren!“ Sie taten so, als hätten sie ein Zaubermittel, um die Franzosen wieder hinaus-zubringen, aber sie hatten gar nichts. Jetzt blinzeln sie wieder schlaudem und erklären: „Wir müssen Ruhr und Rhein vorüber-gehend preisgeben.“ Sie tun so, als stecke dahinter ein ganz gerissener Plan. Es steckt aber gar nichts dahinter als die Lust an der Geste, der Pose, der Phrase, dem großtunenden Geschwätz.

So ist es gekommen, daß die einen die Wacht am Rhein zwar nicht singen, aber halten, während die anderen sie zwar singen, aber vom Rhein davonlaufen. Den „vaterlands-losen Gesellen“ und „Marxisten“ erkennt man daran, daß er mit allen Fasern seines Herzens an der Reichseinheit

festhält, während es das Zeichen „nationaler“ Gesinnung ist, Rhein und Ruhr „vorübergehend“ dem französischen Imperia-lismus in den Rücken zu werfen. Später einmal, so erzählt man den Kindern, wird diesem französischen Imperialismus der Bauch aufgeschnitten, und dann spazieren Rhein und Ruhr wieder so unverfehrt heraus, wie Kollkappchen und die Groß-mutter aus dem Bauch des bösen Wolfs.

Die Sozialdemokratie macht das nicht mit. Sie hält es für ihre Pflicht, diese Politik dem deutschen Volke zu denun-zieren und alles zu tun, was geeignet ist, sie zu hintertreiben. Das Deutsche Reich hat nach dem Friedensvertrag ein Recht auf das besetzte Gebiet und auf seine schrittweise Räumung. Von diesem Recht freiwillig auch nur das geringste aufzugeben, ist objektiv Landesverrat — mag es auch subjektiv manchem von denen, die ihn begehen, als „nationale Tat“ erscheinen.

Die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten des unbesetzten Gebiets stehen in unverbrüchlicher Treue zu ihren Kameraden und Volksgenossen im besetzten Gebiet. Sie werden die Reichseinheit verteidigen und für sie gegen alle kämpfen, die sie antasten, mögen es Franzosen oder Deutsche sein.

Wie weit es sich bei diesen Plänen zur „vorübergehenden“ Preisgabe von Rhein und Ruhr einfach um brutale kapita-listische Geschäftsinteressen handelt, die sich, wie gewöhnlich, in das Mäntelchen einer nationalistischen Phrasen-logie kleiden, bedarf noch einer besonderen Untersuchung.

Der Reichstagspräsident hat den Ältestenausschuß zum Freitag einberufen. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß er den Zusammentritt des Reichstags für Dienstag der kommenden Woche beschließt.

Erklärung der Reichsregierung.

Das Reichskabinett beriet gestern abend über die Rhein-landfrage und verbreitete sodann folgende Erklärung durch WTB:

Gegenüber vielfach, namentlich im Ausland verbreiteten Gerüchten, wonach mit Zustimmung der Reichsregierung die Errichtung einer autonomen rheinischen Republik bevorstehe, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß die Reichsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß für sie jede Diskussion über eine Veränderung des staatsrechtlichen Ver-hältnisses vom Rheinland und Ruhrgebiet zum Reich ausgeschlossen ist. Die Reichsregierung wird niemals einen dahingehenden Schritt tun und niemals eine Ermächtigung zur Ausrufung der rheinischen Republik erteilen. Für das Verhältnis der Rheinlande zu den Ländern wie für jede Veränderung dieses Verhältnisses kann nur die deutsche Reichsverfassung maßgebend sein.

Anhörung Deutschlands beschlossen.

Paris, 13. November. (WTB.) Die Reparationskommission hat in ihrer heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, so weit es möglich ist, die deutschen Delegierten über die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches wegen des Antrages der deutschen Regierung vom 24. Oktober 1923 zu hören. Das Datum wurde noch nicht festgelegt. Die Re-parationskommission wird jedoch der deutschen Kriegslastenkommission den Vorschlag machen, die deutschen Delegierten in n e r h a l b z e h n Tagen nach Paris zu berufen. Die Reparationskommission hat ferner einstimmig beschlossen, nach Anhören der deutschen Delegierten in eine Prüfung darüber einzutreten, ob es nötig sei, einen Sach-verständigenausschuß zu ernennen, um eine Untersuchung über die finanzielle Lage des Deutschen Reiches zu veranstalten.

Kühle Aufnahme der „Initiative“ Poincarés in England.

London, 13. November. (WTB.) Reuter erfährt, daß in britischen maßgebenden Kreisen nicht das mindeste von dem gemeldeten neuen Vorschlag Poincarés wegen Einsetzung eines Ausschusses zur Behandlung der Wiederherstellungsfrage gehört worden ist. In der Zwischenzeit sei kein Fortschritt in der Frage der Mittelungen an die Bereinigten Staaten zu berichten. Der britische Standpunkt sei vollkommen deutlich. Die amerikanische Re-gierung erkläre, daß sie sich beteiligen würde, wenn sie eine ein-stimmige Einladung erhalten würde. Washington habe auch mit dem französischen Vorschlag verhandelt, aber diese Gespräche schienen zeitweilig selbtschlagend zu sein und daher befehle kein Anlaß zu Mittelungen zwischen London und Washington über irgend-welche derartige Entwicklung wie den berichteten französischen Schluß von dem in London überhaupt nichts bekannt sei.

Die Rückkehr des Kronprinzen.

Während man sich im Ausland mit der Rückkehr des früheren deutschen Kronprinzen sehr eingehend beschäftigt, und zum Teil ganz übertriebene Vorstellungen von der Bedeutung dieser Rückkehr hat oder dem Publikum suggeriert, kann sich die Berliner Presse zu diesen Ereignissen nicht äußern. Interessant ist die Deutsche Kritik, die die „Frankfurter Zeitung“ an diesem Beschluß der Reichsregierung übt. Sie weist darauf hin, daß nach früheren Mitteilungen das Reichskabinett nur seine grundsätzliche Zustimmung ausgesprochen, den gegenwärtigen Zeitpunkt aber für ungeeignet erklärt habe. Sie ist, wie wir glauben, mit Recht der Meinung: „Kein Mensch wird behaupten können, daß der gegenwärtige Zeitpunkt geeignet sei.“ Sie kommt dann in der Charakterisierung des Kronprinzen zu folgendem Ergebnis:

„Er ist ein Durchschnittsmensch, der in einer Atmosphäre aufwuchs, in der er nicht einmal die soliden Eigenschaften eines Durchschnittsmenschen entwickeln konnte. Seine Rückkehr darf lediglich als eine deutsche innerpolitische Frage aufgefaßt werden. Wir sind geneigt zu glauben, daß der Kronprinz zurzeit den ethischen Vorzug hat, dem von ihm gegebenen Wort entsprechend nicht gegen die deutsche Republik und die Weimarer Verfassung zu intrigieren. Das Intrigieren werden aber andere für ihn besorgen, haben andere ja schon eine Zeitlang für ihn besorgt, und so wird Wilhelm der Jüngere sobald im Mittelpunkt von allerlei Intrigen stehen. Doch er kann die Charakterstärke haben, sich davon frei zu machen, ist bei einem Mann wie er es ist, nicht zu erwarten. So kann in unserer Zeit der inneren Zersetzung um seine Person ein neuer Befehlsheer entstehen. Das hätte eine unsichtige und charaktervolle Regierung verhindern müssen.“

Die „Frankfurter Zeitung“ weist auch auf die internationalen Schwierigkeiten, die Deutschland aus der Beunruhigung des Auslandes erwachsen sind:

„Es wird nichts an der Tatsache zu ändern sein, daß die erfolgte Rückkehr des Kronprinzen die internationale Atmosphäre erneut vergiftet. Es liegt auf der Hand, wie wenig das Deutschland gerade im jetzigen Augenblick brauchen kann, wo z. B. die Reichsregierung unter berechtigtem Hinweis auf unsere inneren Zustände die Forderung der Botschafterkonferenz auf Wiederaufnahme der militärischen Kontrolle zurückweisen mußte, im jetzigen Augenblick, wo die innerdeutsche Entwicklung im Reich immer stärker unter den Einfluß der Rechten gerät. Die Rückkehr des früheren Kronprinzen erfolgte an einem denkbar ungeeigneten Zeitpunkt. Nur durch gewissenhafte Aufklärung des In- und Auslandes und durch Ergriffung energischer Vorkehrungsmaßnahmen wird die Reichsregierung die dadurch entstehenden Schwierigkeiten überwinden können.“

In die Intrigen, von denen die „Frankfurter Zeitung“ spricht, stürzt sich in der „Deutschen Zeitung“ Max Maurerbrecher sofort mit vollem Eifer. Er steht auch „Besorgnisse“, die die Rückkehr des Kronprinzen wahrufen kann. Freilich Maurerbrecher'sche Besorgnisse, denn der Kronprinz ist den Rassen nicht feindlich genug.

Der Kronprinz hat seine Kriegserinnerungen einem jüdischen Schriftsteller zur Verarbeitung übergeben. Dieser hat ihn in diesem Buche an mehreren Stellen mit bewußter Absichtlichkeit ausprechen lassen, er trage keinen Unterschied zwischen Christen und Juden (1), ihm seien alle deutschen Staatsbürger gleich nah, gleichgültig was ihr Religionsbekenntnis sei. Er hat sich damit von der jüdischen Auffassung des Deutschtums geschieden, er hat den Gedanken preisgegeben, daß nur durch bewußtes Ausschalten des Judentums und durch zusammengegriffene völkische Selbstbestimmung das Deutschtum wieder zu Kraft und Ehre bringen sein werde. . . . Den Herren um Guttman, Frisch, Warburg usw. mag das gefallen haben. Sie mögen Morgenluft mitnehmen und darauf schmeicheln ihr tailliertes Herz wieder erblühen. Der völkisch fühlende Deutsche will kein Kaiserium von Juden Gnade!

Die Rückkehr des Kronprinzen erhärtet also auch von neuem die Tatsache, daß die Monarchisten am allermeisten in Verlegenheit kommen sollen, wenn sie ihren Kronpräsidenten benennen sollen. So wie des Bürgerium politisch immer wieder in hundert Gruppierungen zerfällt, so zerfallen sie auch naturgemäß die Monarchisten. Bayern hat das deutlich genug demonstriert. Diese Einsicht kann aber die Bedenken gegen die Rückkehr

des Kronprinzen in diesem Augenblick keineswegs abschwächen.

Die Heimkehr des Kronprinzen ist nach einer angeblich offiziösen Meldung der italienischen Korrespondenz „Volta“ und erst recht nach der Polnische-Presse für die Entente noch keineswegs erledigt. Dagegen sagt Reuters, da der Mann im Berliner Text nicht erwähnt sei, könnte man höchstens an Holland einen Tadel richten. Uebrigens ist der Kronprinz erst gestern, Dienstag, abends in Dets eingetroffen.

Der kommunistische Finanzminister.

Lärm im sächsischen Landtag.

Dresden, 13. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Diensttagssitzung des Landtages nahm teilweise einen außerordentlich stürmischen Verlauf. Bei der zweiten Beratung des Anleihegesetzes kam der Fraktionsredner der Demokraten auf die Regierungsarbeit des früheren kommunistischen Finanzministers Böttcher zu sprechen. Er verlangte eine Klarstellung darüber, aus welchen staatsrechtlichen Mitteln Böttcher einem jungen Leipziger Bankbeamten, der als sein sachmännlicher Berater fungierte, die Bezüge eines Ministerialdirektors gewährt habe. Ebenso müsse festgestellt werden, warum Böttcher bei der Verwendung von 800 Millionen Mark, die vom Reich für den Ausbau der Staatsbetriebe überwiesen, aber lediglich für die Erwerblosen verwendet wurden, das Bewilligungsrecht des Landtages übergangen habe. Außerdem habe Böttcher Karpfen aus dem Moritzburger Teiche, die nicht dem Staat, sondern dem Pächter gehören, den Erwerblosen geschenkt.

Finanzminister Held erklärte zum gleichen Thema, es lasse sich nicht leugnen, daß die vom Reich gegebenen Kredite von 800 Millionen Mark rechtswidrig verwendet worden sind. Der Kommunist Böttcher versuchte seine Maßnahmen als Finanzminister zu rechtfertigen, doch wurden seine Behauptungen sofort vom Finanzminister Held widerlegt, der dabei ausführte, daß durch die völlig gefehlwidrige Verwendung von 800 Millionen Reichsgeldern auf jeden Erwerblosen höchstens 5 bis 7 Pfund Kartoffeln entfallen sind; die ganze Aktion stelle sich infolgedessen nur als eine Verzettlung von Reichs- und Staatsgeldern dar. Die von dem Minister Böttcher „verschwenkten“ Karpfen sind von einem Teil der Erwerblosen aus dem Teiche herausgeholt und an Schlemmerlokale weiterverkauft worden. Der Finanzminister schloß mit der Feststellung, daß man mit den von den Kommunisten geübten Maßnahmen den Erwerblosen nicht hilft, sondern ihre Not nur vergrößert. Ein Teil der Ausführungen des Genossen Held ging im Lärm der Kommunisten unter. Die Sitzung mußte schließlich wegen des Tumultes auf eine Viertelstunde unterbrochen werden.

Das Anleihegesetz fand dann mit 46 gegen 39 Stimmen Annahme. Mit Stimmenmehrheit wurde ferner ein Antrag gutgeheißen, der einen Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der Maßnahmen des Kommunisten Böttcher als Finanzminister verlangt. Ein völksparteilicher Antrag, die Regierung zu erfragen, nach den Vorkäufen Englands, der Vereinigten Staaten und der Schweiz die Arbeitslosigkeit durch Gewährung von Exportkrediten zu vermindern, insbesondere Verhandlungen über die Heranziehung ausländischer Kredite zu fördern, wird von Kommunisten und Deutschnationalen gemeinsam bekämpft. Zu neuen Tumulten kommt es, als der Kommunist Siemers versucht, gegen den Willen des deutschnationalen Vizepräsidenten einen Brief zu verlesen, in dem die Brutalität der Reichswehr gegenüber den Arbeitern ausführlich geschildert wird. Schließlich mußte die Sitzung ohnehin unterbrochen werden. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen ließen die Kommunisten niemand mehr zu Worte kommen, indem sie mit ihren Plutdeckeln einen ungeheuren Lärm vollführten. Daraufhin beschloß der Vorkaufsausschuß die Veragung auf Donnerstag mittag 1 Uhr.

Kommunistenverhaftung in Sachsen.

Dresden, 13. November. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Verhaftung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Schneller werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Danach er-

schien Schneller am Sonntagabend plötzlich mit mehreren Begleitern in Richtenstein-Gallenberg; mit ihnen trat er im Gasthof zu einer „Funktionskonferenz“ zusammen. Von der Bevölkerung wurde die Genbarmerie benachrichtigt, die dem Wehrkreiskommando Meldung gab. Nach kurzer Zeit kam ein Lastauto mit Reichswehr; die Truppen umzingelten den Gasthof und lösten die Versammlung auf. Schneller, als Vorsitzender nach dem Zweck der Zusammenkunft befragt, erklärte, daß sich die Konferenz mit den Arbeiterentlassungen und dem Einmarsch der Reichswehr beschäftigt habe. Bei Schneller, der am Kriege als Oberleutnant teilnahm und zurzeit die Stellung eines Volksschullehrers bekleidet, sollen mehrere Generalkartons sowie Aufzeichnungen über Standorte und Telefonverbindungen der Reichswehr gefunden worden sein. Er wurde im Schloß festgesetzt, während seine Begleiter im Gasthof als Untersuchungsgefangene festgehalten werden. Dem Landtagspräsidenten hat Schneller ein Telegramm zugehen lassen, in dem er von seiner Verhaftung Mitteilung macht und ersucht, seine Freilassung zu fordern.

Der Währungskommissar ernannt.

Zur Ernennung des Reichswährungskommissars wird amtlich mitgeteilt:

Dr. Hjalmar Schacht ist zum Reichswährungskommissar ernannt worden. Dieser Posten ist geschaffen worden, weil die Währungsfragen zurzeit einen derartigen Raum in den Aufgaben der Reichsregierung einnehmen, daß die beteiligten Ressorts, insbesondere der Finanzminister, nicht mehr in der Lage wären, ohne Benachteiligung ihrer übrigen ebenso dringenden Vorgesetzten die Verantwortung weiterhin allein zu tragen. Da andererseits die Ressortarbeit in vollem Umfange erhalten bleiben muß, so ist der Reichswährungskommissar der Reichsverwaltung in der Form beigeordnet worden, daß alle Maßnahmen auf währungspolitischem Gebiet vorbehaltlich der Rechte des Reichskabinetts seiner Zustimmung bedürfen und daß er der Reichsregierung für die rechtzeitige Anordnung von Maßnahmen verantwortlich ist. Der Reichswährungskommissar hat beratende Stimme im Reichskabinett.

Dr. Schacht wurde für den Posten eines Reichswährungskommissars gewählt, weil seine Tätigkeit im Währungs- und Bankwesen ihn für diese außerordentlich wichtige Aufgabe als besonders geeignet erscheinen läßt.

England vor Neuwahlen.

Abg. Genosse Ramsay MacDonald sagte in einer Rede zu London, die Arbeiterpartei werde im Unterhaus die erste Gelegenheit benutzen, um Baldwin's Versicherung, daß Schuyzölle eine Verminderung der Arbeitslosigkeit bringen würden, zu bestreiten und Baldwin zu erklären, daß, wenn er solche Vorschläge mache, nicht nur das Versprechen bezüglich der Tarife breche, sondern auch das Versprechen, das der Mehrheit bei den letzten Wahlen zum Erfolg verhelfen habe, daß nämlich nur auf die Herstellung des Friedens in Europa hingearbeitet werden würde. Die Arbeiterpartei sei bereit. Sie sei niemals so kampflos gewesen wie jetzt, denn sie habe genug von der inneren und äußeren Politik der Regierung.

Baldwins Gründe.

London, 13. November. (M.T.B.) Baldwin sagte im Unterhause, das heute nach seinen Ferien wieder zusammentrat, er habe dem König geraten, das Parlament vor frühest möglichen Zeitpunkt aufzulösen, und er sehe keinen Grund, weshalb dies nicht am nächsten Freitag, den 16. November, geschehen sollte. Neuwahlen seien stets ein förderndes Element und müßten so rasch wie möglich erledigt werden. Der Donnerstag werde zur Erörterung des Mißtrauensvotums der Arbeiterpartei zur Verfügung gestellt werden. Der Premierminister erklärte, er habe dem Arbeitslosenproblem seine Aufmerksamkeit zugewendet und sei nicht geneigt, zu versuchen, weitere Mittel zu gebrauchen, die nach seiner Überzeugung für diesen Zweck nutzlos seien. Der einzige Weg, der einer ehrlichen Meinung offen stehe, sei, dem Lande seine Ansicht zu unterbreiten und es darauf ankommen zu lassen.

Querschnitt.

Von Ruhei.

Ist Berlin Deutschland? Das Band von Stahl klettert eine Nacht unter dir, peinlich wichtig und gleichermaßen oberflächlich wirst du zehnmal überprüft und untersucht, dann — Danzig.

Die deutsche Mark ist hier schon zu Grabe getragen. Aus Goldrechnung wurde effizienter Papiergeldverkehr. Die Deulle ist frei. Jeder zwiebt wachst oder schiebt; die anderen „schränken sich ein“. (Dante hat vergessen, die höllischen Qualen Unschuldiger zu beschreiben, deren Umarmungsraum sich gleich langsam und unerbittlich verengt bis zum kulturellen, geistigen und körperlichen Ersticken.) Die Konjunktur — ein Schidmünzengedank der Volkswirtschaft für ziemlich schwierig-bunte Vorgänge — ist leidlich. Zwischenstaaten, Autonomien, Provinzen, Korridore und Völkerlande, das sind, wie wir alle lernen mußten, zwar Ingredienzen aus Weltreichs und Talenlands Zeit, sie helfen aber noch heute mit Erfolg beim internationalen Großgeschäft.

Die Völker, die Staaten, die Menschen? Gärungsperioden sind Notzeiten, ihnen mangelt die feilsche Freiheit der weiten Lebenszeit. So wird meist nicht erkannt, daß das Repertoire des Welttheaters leider immer noch von den Besuchern der Logen bestimmt wird.

Der Zug rattert durch brandenburgisches Debland, fruchtbar mitteleuropäische Gebirge, überquert sich mit dem Kalkstein der Zementfabriken an der Porta Westfalica, stürzt an Förderbändern, neben Koksbläsen vorüber und knattert über tausend Weiden, halt: Hamam. Ein Glied in der Kette des Kriegs- und Grenzverkehrs der sich längs des deutschen Gebietes herausgebildet hat. In Schwerte steht Schupo am Bahnhof, Handgranaten im Gürtel. Arbeitslose Eisenbahner warten und stehen, sprechen leise und bilden bitter.

In Danzig spricht frühere Billigkeit zur dunklen Gegenwart. Hier frist der Moloch Großindustrie wie ein Dreckschwein die Bergangeheit, ohne sich die Wähe zu nehmen, dabei bewußt sich neu zu gestalten. Es wird an der Ruhr nach hundert Jahren nicht viel geben, das an die Gegenwart erinnert.

Nur eine Nacht, und wir sind in der Vergangenheit geistlichen Herrenlandes: Aufschaffung. Die Stillschreibung ist ein Demoralisierendes, ohne sich die Wähe zu nehmen, dabei bewußt sich neu zu gestalten. Es wird an der Ruhr nach hundert Jahren nicht viel geben, das an die Gegenwart erinnert.

Nur eine Nacht, und wir sind in der Vergangenheit geistlichen Herrenlandes: Aufschaffung. Die Stillschreibung ist ein Demoralisierendes, ohne sich die Wähe zu nehmen, dabei bewußt sich neu zu gestalten. Es wird an der Ruhr nach hundert Jahren nicht viel geben, das an die Gegenwart erinnert.

In Rüdlingen sind die Festungstore mit kleinen Bretter-schildern bemalt (Norman: Regellid Schieb' schief!), auf ihnen ein Schlageterstübchen. In der St. Georgskirche ist evangelischer Reformationsgottesdienst. Der Herr Pfarrer trägt über die Bleibepfelle mit den katholischen Kreuzen und bedauert, daß die Beiträge — er nennt sie „Stiftungen“ — so schlecht eingehen. Die Madonna

aus der Werkstatt des Welt Stroh lächelt nachsichtig zu dem Geseires des langweiligen Büffensmannes.

In Röhndurg an der Lauber, der Vor- und Hauptstadt des Bauernkrieges, sehen in den Tannen am Stoeberleinsturm spahenfrohe Jahnfährtige und langen aus voller Brust: „Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren auf . . .“ Ich hab' ihnen einige Willkuren geschenkt.

Barzburg ist nicht nur bayerische Stadt. Hier malte im Kaiserjokal der kurfürstlichen Residenz auch der große Italiener Leopold den Fürstbischof Schönborn in recht ungenierter Beschäftigung mit der rackeren Gattin seines Freundes überlebensgroß an die Decke. Das ist aber Vergangenheit. Heute wirst du morgens nicht vom Zimmermädchen, sondern von der Fremden-Polizei geweckt. Sonst merkst du kaum, daß du in der Rahrerei bist. Von Akker und Lundenborff reden die Leute nicht. Sie haben vernünftigeren Sorgen.

Und der Querschnitt? Erkenne: Von unserer geschichtlichen Vergangenheit kennen wir vielleicht die Ereignisse und denken nicht der dazugehörigen Menschen; in der Gegenwart, die wir erleben, werden nur die Menschen empfunden, aber die tausend Fäden nicht gesehen, die sich zu dem gewaltigen Teppich der Historie fügen.

Zweitens: Alle Geschichte ist Zerlören und Aufbauen. Zerlören mußten wir wahrlich genug, es wird Zeit, daß mit dem Aufbau angefangen wird. So manche herrliche Kirche ist Zwangsarbeit („Erwerblosenfürsorge“) gewesen. Wenn wir leider jetzt auch keine Volkshäuser unserer Zeit bauen können, so mögen es Sande und Elektrizitätsanlagen sein! Arbeitslose sind überall in Deutschland genug vorhanden.

Proletarische Feierstunden.

„Der Moloch“ von Bruno Schöniank.

Tiefes Dunkel erfüllt den bis auf den letzten Platz gefüllten riesigen Kuppelbau des Großen Schauspielhauses. Von oben her strömen feierliche Orgellänge. Einwas Wehes, Schmerzgerissenes klingt aus diesen Tönen. Ein dumpfer danger Druck erfüllt das Herz. Der Vorhang teilt sich. In starrer Ruhe wird auf der Bühne der Sprecher sichtbar: Frauen, Männer, Kinder. Dunkle Gestalten im Altanzug, Gesichter wie auf alten Holzschnitten, gebeugte Frauenrücken und runde Kindergesichter, wie aus den Röhre-Kollwitz-Wappen. Banges erwartungsvolles Schwelgen. Dann die klugvollen Stimmen des Sprechers und der Sprecherin, unterbrochen von dunklen und hellen Chören.

Organisch eingegliedert in den Gang der Dichtung fliegen die Stimmen der anderen Chöre auf: Mütter, Kinder, Priester, Aufseher, Spekulanten, Frauen, Soldaten. Ein gewaltiges Orchester sprechender Instrumente, ein Zusammenklingen von Tönen, Worten und Gedanken, einheitlich zusammengefaßt vom Willen des Dirigenten, hineingepreßt in eine Dichtung, die von der Masse ausgeht, um durch die Masse zu der Masse zu sprechen.

Der Sinn der Dichtung kann in wenige Worte zusammengefaßt werden. Es ist der ewige schicksalshwere Kampf der arbeitenden Menschheit gegen den Moloch der Not, der Unterdrückung, des Krieges. Ihm, dem Moloch, wird alles geopfert: das Leben und

die Gesundheit der Männer und Frauen, die Kraft und die Freude der Jugend, die Zukunft der Kinder. Ihm dienen alle Mächte der Gegenwart, in seinen Händen ruht die Entscheidung über Krieg und Frieden, über Tod und Leben der Menschen. Etwas lastet sein Fuß auf dem Nacken der geknechteten Menschheit, während umkraut seine Faust den Hals der von ihm Unterdrückten und Ausgebeuteten. Und doch strebt die Menschheit einem anderen Leben zu, dem Kinderlande der Zukunft. Der Chor der Kinder singt:

„Geht uns die Hand,
Führt uns ins Land,
Wo Freude glüht,
Und alles blüht.
Wo Mädchen sind
Und froh ein Kind.
Wo Liebe weilt;
Ach, kommt und eilt.“

Der Ruf der Kinder geht unter in den Klagen der Mütter und Frauen, in dem Schreien der Aufseher und Molochpriester. Raschlad erschallt die monotone Musik der Gewalt Herrschaft:

„Und die Trommel geht:
Rataplan,
Rataplan!
Und die Fahne weht
Himmelan,
Himmelan!“

Doch schließlich erhebt sich die unterdrückte Masse. Morn Warnungen und Beschwörungen der Molochpriester zum Troh dünnt sie sich gegen den Bögen auf, der von ihrem Ansturm erschmettert wird. Hell knallt sich der Anbruch eines neuen Menschheitsstones an.

Selten wohl waren Dichtung, Darstellung und Hörerschaft so eng miteinander verbunden, wie bei der Aufführung des „Moloch“. Mag an Einzelheiten manches noch reformbedürftig sein; der von Albert Florath geleitete Sprecher wurde der Aufgabe gerecht, die der Dichter an sein Können stellte. Die einseitigen Worte des Genossen Trippien haben das Ihrige, um die Hörer in die Gedankenwelt der Dichtung einzuführen.

„Oestliche und westliche Moloch“ betitelt Graf Hermann Kapferling seinen zweiten Berliner Vortragabend (Singsakademie). Seine Ausführungen suchten nachzuweisen, daß Orient und Okzident einander seit jeher sich gegenseitig zu durchdringen bestrebt gewesen seien. Des Zweinankertlings ihrer eifrigsten und religiösen Lehren erweise das seit Jahrtausenden. Dieser zweite, gleichfalls überaus stark besuchte Vortrag stellte an die Zuhörer verhältnismäßig hohe geistige Anforderungen.

Große Volkoper. Die heutige Vorstellung „Die verkaufte Braut“ beginnt um 7/8 Uhr. Die Hauptrollen sind besetzt mit Vera Kalka, Albert Reis, Otto Gory, Albert Ernelt.

Mattia Wittkinn wird ein einmaliges Gastspiel an der Staatsoper abspielen. Es lung am 19. den „Scarpia“ in der „Tosca“. Der Künstler hat das mit ihm vereinbarte Honorar ausschließlich wohlthätigen Zwecken vorbehalten.

Stresemann und der Marxismus.

Herr Dr. Stresemann glaubt, daß wir bei der Behandlung seiner Ausführungen über den Marxismus einem unvollständigen Bericht zum Opfer gefallen seien und sendet uns das unkorrigierte Stenogramm seiner Rede zur Kontrolle. Aber auch nach diesem unkorrigierten Stenogramm wird die Sache nicht anders. Es heißt dort u. a.:

„Ich möchte hier sogar Marx verteidigen, obgleich man bei Marx nur dann in Verlegenheit ist, wenn man annimmt, daß der Mensch, der von ihm spricht, ihn auch wirklich gelesen hat, was bei den meisten die von ihm sprechen, nicht der Fall gewesen ist. Da ich in meiner Studentenzeit Marx wirklich gelesen habe, kann ich das eine sagen, daß Marx sich die Durchführung seiner Ideen in Bezug auf Sozialisierung nur als möglich gedacht hat in einer Zeit allergrößter wirtschaftlicher Hochkonjunktur, sich aber noch im Grabe umdrehen würde, wenn er erführe, daß jemand versuchen würde, Experimente zu machen, wie er sie niemals in seinem Leben zum Ausdruck gebracht hat.“

Inzwischen ist von der Reichsregierung wegen des Buchdruckerstreiks ein „Amtliches Nachrichtenblatt“ herausgegeben worden, daß außer den letzten Verordnungen des Generals v. Seckt nichts anderes als einen fünf Spalten langen Bericht über die Rede Stresemanns enthält. In diesem Bericht ist der vorstehende Absatz weggefallen und durch folgende Wendung ersetzt worden:

„Marx selbst hat sich übrigens die Durchführung seiner Ideen in Bezug auf Sozialisierung nur als möglich gedacht in einer Zeit allergrößter wirtschaftlicher Hochkonjunktur, würde sich aber noch im Grabe umdrehen, wenn er erführe, daß jemand versuchen würde, diese Ideen nach einem verlorenen Kriege und bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen durchzuführen.“

Da ist also plötzlich von „Experimenten“ nicht mehr die Rede und die ganze Sache diplomatisch umstilisiert worden. In dem unkorrigierten Stenogramm findet sich aber auch noch folgender Satz:

„Rechts ist einmal die ganze Einstellung des Marxismus, der ja auch gleichbedeutend ist mit formaler Demokratie... dann frage ich mich, ob die Maßnahmen, die wir schweren Herzens als notwendig ansehen... Maßnahmen meines Kabinetts sind, die von marxistischen Auffassungen eingegeben sind.“

Dieser ganze Passus ist merkwürdigerweise in der amtlichen Wiedergabe im „Nachrichtenblatt“ fortgefallen. Die Sache steht nun so: Wenn Stresemann wirklich einmal Marx gelesen hat, so hat er ihn ganz zweifellos durchaus mißverstanden, wenn er auch heute noch annimmt, daß „Marxismus gleichbedeutend mit formaler Demokratie“ sei. Dieses Gerücht über den Marxismus ist so bedenklich oberflächlich, daß wir auch nach dem Studium des unkorrigierten Stenogramms nur sagen können: die Sache ist nicht besser, sondern schlimmer geworden, als sie sich zunächst nach dem kurzen Auszuge des Telegraphenbureaus darstellte. Unser Urteil über die Rede wird daher durch die Lektüre ihres Wortlauts in keiner Weise geändert.

Antisemitische Kundgebung in Berlin.

Demonstrationen für Ludendorff und Hitler.

Am Wilhelmplatz in Charlottenburg ist es am gestrigen Dienstag abend zu größeren Demonstrationen gekommen, die erst nach geraumer Zeit durch ein starkes polizeiliches Aufgebot zerstreut werden konnten.

Der „Deutsche Herold“ hatte zu gestern abend, obwohl eine ähnliche Versammlung schon in der vorherigen Woche verboten worden war, seine Mitglieder nach den Hohenzollernfesten einberufen, wo der Reichstagsabgeordnete Wulle sprechen sollte. Die Polizei hatte das Lokal schon vorher besetzt und ersuchte die ankommenden deutschpolitischen Versammlungsbesucher, die Straße frei zu machen. Dieser Aufforderung wurde jedoch keine Folge geleistet. Gegen 7 Uhr abends hatten sich etwa 600 bis 700 Personen versammelt, die stürmisch Einlass begehrten. Die Polizei geriet zeitweilig in eine bedrohliche Lage, so daß der diensthabende Offizier schließlich das Seitengewehr aufpflanzen ließ. Die Polizeikräfte waren jedoch zu schwach, um gegen die sich ständig vergrößernde Menge vorgehen zu können. Die Demonstranten zogen sich schließlich auf den Wilhelmplatz zurück, wo kurze Ansprachen gehalten wurden, die mit Hochrufen auf Ludendorff und Hitler endeten. Die Menge sang dann die „Wacht am Rhein“, „Heil dir im Siegerkranz“ und antisemitische Lieder. Man hörte Rufe wie „Nieder mit der Judenregierung“, „Schlagt die Juden tot“ usw. Da die Stimmung immer bedrohlicher wurde, mußten schließlich vom Kommando an den Hohenzollernfesten starke polizeiliche Verstärkungen zu Hilfe gerufen werden. Die Häuser am Wilhelmplatz wurden von den Bewohnern geschlossen, da man größere Ausschreitungen fürchtete. Später eintreffende starke Polizeikräfte vermochten anfänglich die aufgeregte Menge nicht zu zerstreuen und erst, als die Polizei mit aufgepflanztem Bajonett voring, wichen die Demonstranten unter lauten Drohungen und Schimpfreden in die Seitenstraßen. Die Kundgebungen dauerten bis 9 Uhr abends an. Im Anschluß an die Demonstration fanden Umzüge im Westen statt, die durch die Schupo zerstreut wurden.

Verbot des „Deutschen Tageblattes“.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt, General v. Seckt, hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1923 bis auf weiteres Herstellung und Vertrieb des „Deutschen Tageblattes“, das in seiner Nummer 107 vom Dienstag, den 13. November d. J., die Reichswehr zur politischen Etzungnahme und zum Ungehorsam aufgefordert hat, verboten. Das Verbot gilt auch für jede Feltung, die als Ersatz für die verbotene neu herausgegeben oder ihren Bezählern zugestellt wird.

Unser Parteiorgan in Frankfurt a. M., „Die Volksstimme“, wurde wegen eines Artikels über die Reichswehr in Thüringen auf drei Tage verboten. Von dem Verbot werden auch sämtliche Kopj- und Nebenblätter betroffen.

Die „Pommersche Tagespost“ unter Vorzensur. Wegen des Artikels „Güter der Volksehre“, der geeignet ist, die Reichswehr in ihrem Ansehen zu schädigen, ist die „Pommersche Tagespost“ zunächst auf die Dauer von 14 Tagen unter Vorzensur gestellt.

Verbot der „Schlesischen Tagespost“. Der Militärbeschlüßhaber in Breslau hat die „Schlesische Tagespost“ für die Dauer von vier Tagen verboten. Anlaß zum Verbot gab der Artikel „Die Stunde drängt“ in der Dienstagnummer der Zeitung.

Parlamentarische Nachrichten. An Stelle des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Mathias Höner tritt Fabrikbesitzer Paul Jungblut aus Homburg v. d. G. in die Zentrumskaktion des Reichstages ein.

Kahr gegen Seckt.

München, 13. November. (TU.) Der bayerische Ministerrat faßte folgenden Beschluß: „Die Reichsregierung hat am 9. November die vollziehende Gewalt und alle militärische Gewalt auf General von Seckt vereint. Die besonderen Verhältnisse in Bayern erfordern, daß der bayerische Ausnahmezustand unverändert fortbesteht und die gesamte vollziehende Gewalt in einer Hand zusammengefaßt bleibt.“

Die Antwort der Reichsregierung.

München, 13. November. (TU.) 33415 Billionen Mark wurden dem Reich dem bayerischen Landwirtschaftsministerium zur Verbilligung von Brot und Milch für die minderbemittelte Bevölkerung und kinderreiche Familien zur Verfügung gestellt. Zwei Kuriers der bayerischen Grenzschutzbrigade brachten heute die Gelder in wertbeständiger Dollarschahankleihe hierher. Die Verteilung an die Städte und Gemeinden wird sofort erfolgen.

Kahrs Vergewaltigung.

Ludendorff und Hitler gewarnt.

Die bayerische Regierung läßt folgende Erklärung veröffentlichen: Biersch wird das Gerücht verbreitet, daß General Ludendorff am 9. November noch am Mittag nichts davon gewußt habe, daß Kahr, Boffow und Seißer mit der Reichswehr und Landespolizei gegen den Hitler-Bund ständen. Demgegenüber wird vom Wehrkreiskommando amtlich festgestellt: Oberst Leupold, der die Infanterieschule leitete, teilte am 9. November gegen 5 Uhr morgens Ludendorff und Hitler persönlich mit:

„Kahr, Boffow und Seißer halten sich an ihre Zusage im Bürgerbräukeller nicht für gebunden, weil sie unter einem Zwang abgegeben wurde. Die 7. Division steht nicht hinter der Unternehmung Hitlers. Sie wird nötigenfalls mit Gewalt die Ordnung wiederherstellen. Hierzu sind auch Truppen herangezogen worden. Diese Weisung ist im Auszug zwischen 12 und 1 Uhr nachts telephonisch an die Infanterieschule gekommen und mir (Oberst Leupold) von General von Boffow persönlich bestätigt worden.“

Ludendorff und Hitler ersuchten Oberst Leupold, den General von Boffow umzustimmen, wobei Hitler betonte, daß er zu kämpfen und zu sterben bereit sei. Oberst Leupold erwiderte, daß er an eine Aenderung des Entschlusses des Generals von Boffow nicht glaube. Die Truppen würden tun, was ihr Führer befehlt. Er würde wiederkommen, wenn Boffow es für nötig halte. Gegen 6 Uhr vormittags meldete Oberst Leupold dem General von Boffow, bei dem sich auch Kahr und Seißer befanden, den Inhalt seiner Mitteilung an Ludendorff und Hitler. Demnach haben Ludendorff und Hitler am 9. November vormittags durch einen Obersten der Reichswehr Kenntnis davon erhalten, daß eine Fortsetzung ihres Tuns zum Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht führen müßte.

München, 13. November. (WZ.) Laut „Münchener Neuesten Nachrichten“ wurde die Infanterieschule München auf Befehl von Berlin vorläufig geschlossen.

Ehrhardt und Tzipf tauchen auf.

München, 13. November. (Eigener Drahtbericht.) In einer offiziellen Verlautbarung fordert die bayerische Regierung die gesamte Bevölkerung auf, in der Bewirtung dieser Tage das Staatswohl über alles zu stellen und die Staatsregierung mit dem Generalstaatskommissar in der Festigung der staatlichen Ordnung und in der Rettung des nationalen Gedankens zu unterstützen. Kahrs Autorität als Diktator festigt sich also wieder. Die Versicherung gegenüber den erregten Nationalaktivisten, es handle sich bei dem Zwist nur um eine Verschiedenheit des Weges und nicht etwa der Ziele, bleiben offensichtlich nicht ohne Wirkung. Zur Beruhigung hat auch

das Verhalten Ehrhardts

beigetragen, der durch sein persönliches Eingreifen die Stimmung gegen Kahr gedämpft hat. Dieses Verhalten wird erklärlich, wenn man erfährt, daß Kahr in der bekannten Fährerhöhung vom 6. November zugestimmt hat, die Forderungen Ehrhardts nach Beschlagnahme der Ökonomiegelder der von ihm in Nordbayern zusammenberufenen Mannschaften aufzubringen. Ehrhardt will es aber auch mit den ganz radikalen Hitler-Anhängern nicht verderben. Darum läßt er heute erklären, daß seine Brigade nach ihrem Abdrücken aus dem Koburgischen keineswegs an der Niederkämpfung der Nationalsozialisten teilgenommen habe, sondern daß er sich im Gegenteil ganz energisch gegen ein Vorgehen mit Waffengewalt gegen Hitler bei Kahr

eingesetzt und bewirkt habe, daß nach dem ersten ungeseligen Zusammenstoß weiteres Blutvergießen vermieden wurde. Aus dem Verhalten Ehrhardts muß man den Schluß ziehen, daß er beabsichtigt, die führende Rolle im Kampfe um die nationale Diktatur in Deutschland zu übernehmen.

Auch die Vaterländischen Bezirksvereine haben ihre Einstellung gegen Kahr geändert. Dafür riefen sie nun ihre ganze Wut gegen die bayerische Regierung selbst, weil Kultusminister Matt in deren Namen eine Kundgebung herausgegeben hat, in der von dem Treiben des Preußen Ludendorff die Rede war. In dieser Betonung der Stammeseigenschaft Ludendorffs sehen die Verbände „eine Spekulation auf gewisse separatistische Stimmungen, wie sie schamloser und gemeiner nicht gedacht werden kann. Gegenüber dieser von der bayerischen Regierung zum Ausdruck gebrachten Besinnung gibt es nur das Gefühl tiefer Verachtung.“

An der Spitze derjenigen, die Ludendorff von der aktiven Teilnahme am Hitler-Bund reinwaschen wollen, stehen die „Münchener Neuesten Nachrichten“, die dieses Geschäft durch ihren Außenredakteur und ehemaligen Admiral Voelkerthum besorgen lassen, der ein persönlicher Freund von Ludendorff ist. Die Rohrenwäsche geht selbstverständlich auf Kosten Hitlers, wofür den „Münchener Neuesten Nachrichten“ bereits einige Fenster eingeschlagen worden sind.

Zur Schulfrage Hitlers veröffentlicht Voelkerthum einen Brief von Tzipf.

der ihm am 1. November zugeht und in dem es heißt: „Ich beschwöre Sie, alles zu tun, was in Ihrer Macht liegt, um eine gewalttätige Aktion der Kampfverbände zu verhindern, denn man darf dem Schulungsprozess nicht mit Gewalt vorgreifen. Auch Preußen ist auf dem besten Wege, das Joch des Marxismus abzustreifen. Die Weimarer Verfassung ist auf dem besten Wege, in überaktuellem Sinne geändert zu werden. Will man es zu einem Zusammenprall mit der Reichswehr im Norden, die geschlossen hinter General v. Seckt steht, kommen lassen, so ist die Wirkung katastrophal und alles verloren. Man darf der natürlichen Entwicklung nicht vorgreifen.“

Ludendorff läßt erklären, daß er sich freiwillig in Schußhaft begeben wird, da man die ihm gegebene Zusicherung seiner Bewegungsfreiheit nicht eingehalten hätte. Es handelt sich dabei um die Sperrung seines Telefons und um das Verbot, an der Bearbeitung der Hitler-Dpfer teilzunehmen. Diesen Entschluß hat Ludendorff bereits am Montag seinen Getreuen mitgeteilt, sich aber bis zur Stunde den Behörden noch nicht zur Verfügung gestellt.

Das Bekanntwerden der Verhaftung Hitlers hat in München keine besonderen Wirkungen ausgelöst. Da Hitler nicht mit der Waffe in der Hand gefangen genommen wurde, kommt er nicht vor das Standgericht, sondern wird nach Mitteilung an zuständige Stelle dem Volksgerecht überwiehen. Die Standgerichte haben ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen; sie sind bisher überhaupt noch nicht zusammengetreten, da keine Person, gegen die bis jetzt ein Verfahren geführt wird, unter das Standgericht fällt.

Oberstleutnant Kriebel, der militärische Führer der Kampfverbände, ist flüchtig. Die Vertreter dieser Verbände hatten am Montag eine Besprechung mit dem Generalstaatskommissar, wobei sie angeblich die unbedingte Notwendigkeit betonten, daß Kahr die volle, durch keinerlei Bindungen gehemmte vollziehende Staatsgewalt ausübe. Eine andere Information will allerdings wissen, daß die Kampfverbände Herrn v. Kahr zum Rücktritt aufgefordert hätten.

Kailling kommt nicht.

München, 13. November. (WZ.) Die amtliche Pressestelle bezeichnet die Blättermeldung, daß Ministerpräsident von Kailling nach Berlin gereist sei, als falsch.

Die Kommunistenverfolgungen in Bayern.

München, 13. November. (TU.) Die Anordnung des Generalstaatskommissars über die Auflösung der Kommunistischen Partei wird heute veröffentlicht. Nach dem Wortlaut der Verfügung sind Zahlungsmittel und Wertpapiere aller Art, Waffen, Ausstattungsgegenstände, Fahrzeuge usw., die den Zwecken der kommunistischen Partei gebührt haben, dem Staat verfallen und müssen unverzüglich abgeliefert werden. Wer der kommunistischen Partei weiter angehört, die Bildung einer neuen Partei unternimmt usw., wird mit Zuchthaus bestraft.

Wirtschaft

Die Trillionenverschuldung des Reiches.

Der Ausweis über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse für die Zeit vom 21. bis 31. Oktober ergab, daß in dieser Dekade die schwebende Reichsschuld hoch in die Trillionen Papiermarkt hineingestiegen ist. Von den 6,553 Trillionen (6 553 521 Billionen) Papiermarkt Auszahlungen wurden ziemlich genau 6 1/2 Trillionen durch Aufnahme neuer schwerwiegender Schulden gedeckt. Diese wuchsen damit auf 6,9 Trillionen Mark an.

Geradezu erschreckend gering ist der Teil der Reichsausgabe, der durch Ueberschüsse aus Steuern gedeckt wurde. Eingegangen sind lediglich 903 Billionen Mark, also noch nicht eins vom Tausend der Ausgaben. Weitere 47 947 Billionen, also doch fast 1/3 Proz. der Ausgaben konnte durch Eingänge aus der Goldanleihe gedeckt werden.

Der amtliche Bericht erklärt dieses katastrophale Ergebnis der Steuerstatistik damit, daß der Dollar gegenüber der vorangegangenen Dekade von 8,1 auf 65 Milliarden Mark gestiegen war. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß selbst in den vorangegangenen Zeiten starken Marksturzes der Anteil der Steuer an den Reichseinnahmen nie so gering gewesen ist wie Ende Oktober. Erwähnt sei noch, daß in den ersten 10 Tagen allein die Betriebsverwaltungen 2,28 Trillionen bei der Reichskasse erhoben haben, und zwar entfielen davon 2 Trillionen auf die Reichsbahn und 245 846 Billionen auf die Post- und Telegraphenverwaltung.

Ostbayerische Braunkohlenindustrie.

Das Ostbayerische Braunkohlenindikat, das das Niederlaufener Revier und die Randgruppen Obriß, Forst und Frankfurt umschließt, veröffentlicht seinen Geschäftsbericht für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr 1922/23. Der deutsche Braunkohlenbergbau hat in dieser Zeit seine Rohkohlenförderung um 9,9 auf 135,18 Millionen Tonnen gesteigert. An dieser Wertsleistung war der ostbayerische Braunkohlenbergbau mit 3,87 Millionen Tonnen oder 2,8 Proz. beteiligt und seine Produktion umfaßte mit 37,6 Millionen Tonnen 27,6 Proz. der gesamten deutschen Rohbraunkohlenförderung. Die Herstellung von Braunkohlen-

briketts wurde in ganz Deutschland um 756 730 Tonnen auf 29,8 Millionen Tonnen gesteigert. An der gesamten Braunkohlenproduktion Deutschlands war der ostbayerische Braunkohlenbergbau mit 31,5 Proz. beteiligt. An der Steigerung des letzten Jahres hatte er mit 574 210 Tonnen oder 76 Proz. den Hauptanteil. Eine Uebersicht über die einzelnen Kohlenforsten, die abgesetzt wurden, zeigt, daß man bemüht gewesen ist, möglichst gute Sorten abzugeben. Da der Hausbrand neuerdings große Mengen gestiebter Braunkohle verbraucht, glaubt man durch die Sortenverbesserung den Absatz festigen zu können. Der Bericht betont, daß die Leistungsfähigkeit der Werke in der Rohkohlenförderung mit der im Berichtsjahr erzielten Steigerung noch keineswegs erschöpft war, bemängelt aber, daß der Absatz nicht durch Frachterleichterung begünstigt worden ist.

Interessant ist die Verteilung des Absatzes. Während von Rohkohlen nur ein kleiner Teil an den Plaghandel ging und erhebliche Mengen, z. B. 19 Proz. von Gaswerken, 11,26 Proz. von der Glas- und Porzellanindustrie, 12,56 Proz. von der Textilindustrie und 13,48 Proz. von der Erzgewinnung und Metallherzeugung und -verarbeitung in Anspruch genommen wurden, gingen beim Inlandsabatz der Briketts fast 62 Proz., also annähernd zwei Drittel, über den Plaghandel an die Verbraucher und entsprechend wesentlich geringere Mengen unmittelbar vom Synbildat den Arbeitern zu.

Die Preise sind infolge der Geldentwertung bekanntlich gewaltig in die Höhe gegangen. Mit dem Uebergang zu Goldmarkpreisen, der am 17. September d. J. erfolgt ist, sind erhebliche Störungen des Absatzes eingetreten. Es mußten Preisermäßigungen eingelegt werden. Während die Masse der Verbraucher außerstande ist, sich mit dem Winterkohlenbedarf zu versorgen, werden die Bergarbeiter arbeitslos, weil die Kaufkraft der Verbraucher zur Bezahlung der hohen Preise nicht ausreicht.

Amtliche Produktionsnotierungen der gestrigen Berliner Mittagsbörse für Getreide und Desfoaten per 1000 Kilogramm (sonst per 100 Kilogramm) ab Station: Weizen, märkischer, 160—184,50. Roggen, märkischer, 172—176. Sommergerste, märkische, 168 bis 172, Hafer, märkischer, 159—161, Weizenmehl 29,00—31,50, Roggenmehl 28—31, Weizenkleie 8—8,50, Roggenkleie dito, Erbsen, Viktoria, 43—52, kleine Speiseerbsen 33—36, Bohnen 18—20, Serradella 20—23, Nusskuchen 13—14, Trandelnhügel 7,72—8,00, Torfmehl 30/707, Koctoffelkuchen 15,50—16,00.

Abbau des Bürokratismus!

Es handelt sich hier leider nicht um irgendeinen Vorgang auf diesem Gebiete, sondern immer noch erst um eine Forderung. Wie dringlich diese Forderung jedoch ist, sei hier erneut an einem kleinen Beispiel illustriert.

Die Bezüge der Sozialrentner wurden für die Zeit vom 1. bis 15. November auf 150 Milliarden, für Witwen auf 95 und für Waisen auf 79 Milliarden festgesetzt. Soweit wäre die Sache in Ordnung. Der Bürokratismus aber ist weit ordentlicher. Zu den Milliarden gehören gemäß Paragraph 10 auch in Verbindung mit Paragraph 10 ferner noch verschiedene Millionen. Die Angehörigen der Bezugsämter müssen auch diese Millionen genau berechnen und sie fälschlich in die Auszahlungslisten eintragen. Es waren also am 12. November 1923 außer den Milliarden 863, 918 und 932 Millionen Mark auszusahlen. Wie sich solche Zahlungen bewerkstelligen lassen, welchen Sinn es hat, die Ladungsscheine nach Ein-, Zwei-, Zehn- und Hundertmillionenscheinen abzuklappern, um diese Beträge nun auch genau auszuzahlen, darüber scheint man sich keine Gedanken zu machen. Das überläßt man den mit der Auszahlung ehrenamtlich betrauten Personen, die mit dem Hohnlachen der Rentner ob soviel Sorgfalt beglückt werden. Können denn die Millionen nicht zu einer Milliarde noch unten oder oben abgerundet werden, wenn man sich schon einmal an die Abrundung auf 10 Milliarden noch nicht herantraut? Für den Bürokratismus gibt es solche Lösungen offenbar nicht, da für ihn der Buchstabe maßgebend ist statt des normalen Menschenverstandes. Wir fürchten, daß trotz allem Beamten-, Angestellten- und sonstigem Abbau, der zopfige Bürokratismus uns vollständig unobgebaut erhalten bleibt. Dennoch gestatten wir uns, seinen Abbau in erster Linie zu fordern. Es dreht sich dabei nicht um die Fächerlichkeit, die für den Bürokratismus nicht tödlich ist, sondern um eine unnütze Vergeudung an Zeit und Arbeitskraft. Der Zopf muß ihm also wohl oder übel einmal gehörig gekürzt werden.

Alles wird wieder teurer.

Brot, Milch, Kohlen und Wecktarif.

Die weitere Verschlechterung der Mark bringt eine neue Erhöhung des Brotpreises. Es kostet vom heutigen Mittwoch ab das dunkle Brot 140, das helle 170 und die Schrippe 6 Milliarden Mark. Alle übrigen Gebäcksorten erhöhen sich entsprechend. — Der Preis für 1 Liter Vollmilch beträgt für den 14. November 52 Milliarden, für 1 Liter Magermilch 18 Milliarden Mark. — Nach dem amtlichen Kurs vom 13. stellen sich die Verkaufspreise für Rots und Bricketts am 14. wie folgt: Röhren- und Ofenbrand-Bricketts ab Lager 352 Milliarden, frei Keller 366. Gasofen ab Lager 779, frei Keller 795. Bei fuhrerweiser Lieferung: Bricketts ab Lager 352 Milliarden, frei Keller 364 Milliarden. Gasofen ab Lager 779, frei Keller 793. Dichtenberger Schmelzofen und Berliner Kammerofen ab Lager 846 Milliarden, frei Keller 860. — Für den 14. November ist nach Mitteilungen der Direktion der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke der Preis für 1 Kubikmeter Gas auf 42 Milliarden, für 1 Kilowattstunde Strom auf 84 Milliarden, für 1 Kubikmeter Wasser auf 42 Milliarden festgelegt worden. Die laufende Entwässerungsgelbst ist ab 14. d. M. auf 31 Milliarden festgelegt worden.

Der Erfolg der „Berliner Kohlenhilfe“.

Das Zentralwohlfahrtsamt teilt mit: Bis einschließlich 12. November wurden gespendet: in Devisen: 76 Dollar, Schapanleistungen: 754 Dollar, bar: 7 655 937 863 000 M., an Brennstoffleistungen: Bricketts 3172 1/2 Zentner, Braunkohlen: 4650 Zentner, Rote: 205 Zentner. Es wurden bisher verausgabt: an 32 000 aus öffentlichen Mitteln Unterzute und an 32 000 Sozial- und Kleinrentner, zusammen 64 000 Personen nach dem Bestand und den Wünschen der Empfänger entsprechend je 1/4 Raummeter Holz oder 1 Zentner Bricketts oder 2 Zentner Braunkohlen, insgesamt 15 000 Raummeter Holz (aus Beständen der Staatl. und städtischen Forsten zu einem billigen Preise erworben), 1775 Zentner Bricketts, 4500 Zentner Braunkohlen. Für die weitere Belieferung sind in Aussicht genommen kinderreiche besonders bedürftige

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofoffischer.

Roman von Johan Bojer.

Dem Zug der Fischer folgt stets ein Schwarm von Raubvögeln, und die waren jetzt auch schon hier eingetroffen. Es waren Uhu, Fledermaus, Hauer, Kolportiere, Taschenspieler, die am Hafen Vorstellungen gaben, Missionare, die im Seemannsheim predigten, ein Mann mit einem Veierkasten und einem frierenden Affen in rotem Kleid. Auch Agenten für die beste und billigste Amerikalinie waren da, Handlungsreisende für landwirtschaftliche Geräte, ein großer Mann mit zwei Säcken voll fertiger Anzüge, von denen er einen vorn, den anderen hinten trug. Was half das? Noch war kein Verdienst da. Nur der Auswanderer-Agent erregte Interesse, da der Fischfang sich in diesem Jahre so schlecht anließ.

Jetzt aber kam ein gewaltiges Bündel von Röhren und Tüchern mit einer riesigen Kapuze um ein feuerrotes Gesicht dahergesegelt. Das war die Walfängerin Barbara. Sie war überall willkommen und bekam Kaffee und Schnaps. Hatte einer exorzene Zehne, so ließ sie ihn zur Aber, um das schlechte Blut herauszuziehen, und hatte einer den Brand in der Nase, so leckte sie Blutegel an, und sie weisagte aus Karten und Kaffeebohnen. Bei ihr wohnten die meisten Raubvögel, und in ihrem kleinen Hause ganz draußen auf der Klippe ging es bei Windstille wie bei Sturm in den Nächten lebhaft zu.

Ja, das war die Barbara! Komm zu uns, dann kriegst du auch einen Schnaps. Du mußt aus den Karten lesen, ob in diesem Jahre noch auf guten Fang zu rechnen ist.

Aber mehrere Tage zwang der Sturm die Fischer, an Land zu bleiben. Und wenn der Küstendampfer auf seiner Fahrt an der Lofotwand entlang einließ, brachte er Nachrichten von getrennten Schiffen, die auf dem Meere trieben.

XII.

Man bekommt es 'ett, im Tage zu schlafen, auch wenn man nichts zu tun hat. Man mag nicht mehr immer mit denselben Menschen reden, mit denen man in einer Hütte zusammengespercht ist. Man hat nicht mehr viel zu sagen, man kennt sich ja schon auswendig, man könnte ja noch dies und jenes reden, aber die Antwort weiß man ja schon im voraus. Ist man gezwungen, den Mund aufzumachen, so sagt man heute dasselbe wie gestern. Man hat die Uhren der anderen

Erwerbslose. Zur Erreichung dieses Zieles ist es dringend notwendig, daß bedeutende Mittel der „Berliner Kohlenhilfe“ zugeführt werden. In alle Mitbürger ergeht daher wiederholt die dringende Bitte: „Gibt schnell und reichlich zur „Berliner Kohlenhilfe“, damit der Ankauf weiterer Mengen Brennmaterialien trotz der gewaltigen Anschaffungskosten ermöglicht wird. Gelddbeträge nehmen sämtliche städtischen Kassen entgegen. Besonders erwünscht sind Zuwendungen von Brennmaterialien aller Art und in jeder Menge. Mitteilungen hierüber erbittet das Zentral-Wohlfahrtsamt, Berlin C. 2, Poststr. 16.

Was die Stadt gebraucht.

Wenn ein Sekretär in einem der vielen hundert Bureaus der Stadt Berlin eine Feder braucht, oder reges Verlangen nach einem neuen Büchlein trägt, oder wenn eine Reimmachefrau in Diensten der Stadt ein neues Schauerstück benötigt, oder einem Feuerwehmann ein neues Paar Hosen gespendet werden muß, oder es mangelt in einer der vielen Anstalten der Stadt Berlin an irgendeinem notwendigen Gebrauchsgegenstand — dann werden diese Dinge aus einem Zentrallager entnommen, das die Stadt Berlin unter der Firma der Berliner Anschaffungs-G.m.b.H. im alten Markstall in der Breiten Straße unterhält. Ein so riesiger Verwaltungs- und Wirtschaftapparat, wie ihn die Stadt Berlin darstellt, kann die Bedürfnisse an Materialien in Bureaus und Anstalten natürlich nicht durch Einzelkauf befriedigen. Es muß daraus gesehen werden, durch zentralen Einkauf die Gegenstände schneller und billiger zu erhalten, und diesem Zweck dient die Anschaffungs-Gesellschaft. Die Presse konnte kürzlich die ungeheuren Läger, die den alten Markstall vom Keller bis zum Boden füllen, besichtigen. In den unteren Kämmlern lagern die Lebensmittel, die z. B. in den Krankenanstalten, Waisen- und Altersheimen der Stadt gebraucht werden. Riesige Stapel von Mehl und Hülsenfrüchten in Säcken, Fetten und Fleischkonerven. In den Etagen folgen die Abteilungen der hunderttausend Dinge, die Schreibwaren, die Artikel für den Schulbedarf, die Textilienabteilung mit ihren Unterabteilungen für Bettwäsche, Wirtschaftswäsche, Anstalts- und Berufskleidung, die Schuhwaren-, Leder- und Sportabteilung. Von gewaltiger Ausdehnung ist die Chemikalienabteilung, die unter ständiger Kontrolle des Haupt-Gesundheitsamtes steht und medizinische und technische Drogen, Farben, Lada, Seifen, Puh- und Reinigungsmittel, Verbandstoffe und alle Krankenhausbedarfsartikel enthält. Es gehört auch dazu der ganze Reigen der Arzneimittel vom Opium bis zur Jodessigsäure. Die Wirtschaftskontrollen bilden allein eine Abteilung, in der alles zu haben ist, um eine Wirtschaft vom Kochtopf bis zur Bettstelle auszustatten. Dieser Apparat arbeitet unter sachmännlichen Leitern wie ein großes Handelshaus, das aber gleichzeitig Verbraucher und Einkäufer ist. Es handelt sich hier um ein interessantes Stück kommunaler Arbeitsleistung, das auch dem Laien Achtung einflößt.

Der Trieb der Palettdiebe.

Eine Bande von Palettmardern beschäftigt seit einiger Zeit die Kriminalbehörden der deutschen Großstädte. In ihrer Spitze steht ein 23 Jahre alter Geschäftsfreisender Oskar Stark aus Klein-Rudlitz, der die Spezialität schon lange gewerbsmäßig betreibt und unter dem Spitznamen „Breslauer Wog“ oder „Oll“ in seinen Kreisen sehr bekannt ist. Mittäter und Helfer sind der Kellner Hans Lehmann aus Görlitz, ein Kaufmann Willi Holz aus Erfurt, ein Handelsmann Max Hänggen aus Erfurt, der Jahnknecht William Grüber aus Suhl, der Kaufmann Arur Steiner aus Steinach, der Handlungsgehilfe Hermann Fröbel aus Heitrichs und eine noch unbekannt Helferin.

Preise und Löhne.

Table with 2 columns: Lebensmittelpreise in Berlin am 13. Nov. 1923 and Wochenlöhne in Berlin. Includes items like Rindfleisch, Margarine, and Metallgießer.

die aus Stettin stammen soll. Von der Bande „arbeiten“ immer 2 Mann zusammen in großen Wirtschaften und Kaffeehäusern, nur in den besten Lokalen der Großstädte. Einer hängt seinen Mantel neben den, den er sich zum Mitnehmen ausgesucht hat. Sein Spießgefelle, das an einem anderen Tische sitzt, beobachtet genau und gibt ihm einen Wink, wenn die Gelegenheit günstig ist. Wenn der Bestohlene den Diebstahl merkt und die übrig gebliebenen Mantel nachgesehen werden, so meldet sich als Eigentümer des einen, der neben dem des gestohlenen gehangen hat, der Spießgefelle. Er weiß auch immer genau, was der Dieb in den Taschen seines Mantels gehabt hat, und so fällt niemals ein Verdacht auf ihn. Ein Mitglied der Bande, Fröbel, wurde aber doch hier in Berlin im Café Vaterland ertappt und festgenommen. Er hatte es fertiggebracht, gegen eine Bürgschaft von 3 Dollar von der Staatsanwaltschaft aus der Untersuchungshaft entlassen zu werden, und sich wahrscheinlich seiner Bande wieder angeschlossen. Mitteilungen, die geeignet sind, die gefährliche Gesellschaft unschädlich zu machen, nimmt Kriminalkommissar Moritz im Polizeipräsidium entgegen.

Ein Metallhehlerprozeß.

Die Prüfungspflicht der Metallhändler.

Von einschneidender Bedeutung für den Metallhandel ist das Gesetz vom 11. Juni 1923. Dieses enthält eine Reihe wichtiger Bestimmungen und hat auch den Begriff der fahrlässigen Hehlererei in das Strafrecht eingeführt. Auf Grund dieses Gesetzes fand vor der 7. Strafkammer eine mehrtägige Verhandlung statt. Angeklagt waren die Händler Konithoff, Dienemann, Janse, Brichel, Thom, Löffler, Wartenberg und Riedel.

Im Frühjahr dieses Jahres fand bei der Firma der beiden ersten Angeklagten eine Beschlagnahme von Metallen statt, die im Herbst wiederholt wurde. Es wurden dabei größere Mengen Metalle mitgenommen und zum Polizeipräsidium gebracht. Der größte Teil der beschlagnahmten Gegenstände wurde Industriemerkur zur Rekognosizierung vorgelegt. Von den Firmen Siemens-Schuckert, A. E. G., Borjig u. a. wurden erhebliche Mengen an bei ihnen gestohlen bezeichnet. Rechtsanwält Walter Bahn lehnte zu Beginn der Verhandlung Regierungsrat Fischer, den Geschäftsführer des Verbandes Berliner Metallindustrieller, als Befangen ab, da dieser Sachverständige im Solde der Industrien hände und erfahrungsgemäß sein Gutachten nur im Sinne einer Belastung abgibt. Das Gericht wies den Einspruch des Verteidigers zurück und beschloß, Regierungsrat Fischer als Sachverständigen zu vernehmen. Außerdem wurden eine Anzahl weiterer Sachverständigen vernommen. Bei der Prüfung des Materials zeigte sich, daß auf Grund der Sachverständigenprüfung die Mehrzahl der von den Industriebeamten bei der Polizei reklamierten Waren nicht als Eigentum der betreffenden Firmen nachgewiesen werden konnten. Regierungsrat Fischer stellte sich auf den Standpunkt, daß die Angeklagten hätten erkennen müssen, daß es sich um Diebesgut handele. Andere Sachverständige bezeichneten nur einzelne Gegenstände als verdächtig, fügten aber hinzu, daß der Metallhandel nicht eine so große Kenntnis der Industrieerzeugnisse besitze, daß er Verdächtiges vom Unverdächtigen ohne weiteres unterscheiden könne. Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen gewerbsmäßiger Hehlererei fallen und beantragte, die Angeklagten nur wegen einfacher Hehlererei zu verurteilen, und zwar beantragte er neun Monate Gefängnis. Das Gericht kam nach langer Beratung zu einer Verurteilung der Angeklagten Konithoff und Dienemann wegen gemeinschaftlicher, fortgesetzter Hehlererei zu je einem Jahr Gefängnis und zehn Millionen Mark Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten, soweit das Verfahren nicht im Laufe der Verhandlung abgetrennt worden war, wurden freigesprochen. Das Gericht hat nach dem Gutachten der Sachverständigen die Überzeugung gewonnen, daß eine Reihe von Sachen zweifellos aus Diebstählen herrühren. Zuungunsten der Angeklagten spricht noch, daß sie die Sachen beiseite geschafft haben. Sie hätten sich auch bei Lieferanten nach der Herkunft erkundigen müssen. Wenn sie es mit der Prüfungspflicht nicht sehr genau genommen haben, so haben sie außerordentlich leichtfertig gehandelt. Nur mit Rücksicht darauf, daß unter der großen Menge des Metalles nur ein geringer Bruchteil gefahrentes Gut vorhanden war, hat das Gericht angenommen, daß die Angeklagten nur von Fall zu Fall unredliches Gut erworben haben und nicht gewerbsmäßig vorgegangen sind.

Gestohlen wurde an der Gasse der Katzentoren und Tobrentstraße ein Hundwagen mit einer Rille (geschlachtet O. J. 27, Kopenhagen; Inhalt Silberwagen aus Bronze). Mitteilungen über den Diebstahl werden erbeten an Franz Lutter, Wassertorstr. 64.

ans Ohr gehalten, man hat den Kumpelstab auf den länglichen Tabakspfeifen aus Messing betrachtet, man steckt sich eine Pfeife an und räfelt sich auf eine Pfeife. Und dann sagt man etwas über das Wetter, dasselbe Wetter wie gestern, und etwas anderes ist heute nicht darüber zu sagen.

Doch endlich wird die Uhr vier, das ist die Besperzeit, aber jetzt gibt es keine gemeinsame Mahlzeit, nein, jetzt ist jeder sein eigener Gast aus seiner eigenen Vorratskiste. Und diese Besperstunde ist etwas ganz besonderes, das bedeutet nicht nur: Brot und Butter heranzuholen, das Brot zu streichen und zu essen, nein, das ist, als reiste man zu Besuch zu seinen Angehörigen — dort fern im Süden.

Die Mutter oder die Frau hat die Kiste gepackt. Und wenn man den Deckel öffnet, strömt einem der heimatische Duft entgegen. Man ist fast verlegen, daß andere zugegen sind, und deshalb kehrt man ihnen soviel wie möglich den Rücken, duckt den Nacken und versucht allein zu sein.

Per Suzanna sieht unten in seiner Kiste ein großes Holzgefäß mit gelber Butter, auf der das daruntergemischte Salz kleine Tropfen bildet. Dies selbe Gefäß hat seine Frau zu so mancher Lofotfahrt gefüllt, jetzt aber liegt sie auf dem Kirchhof, und diesmal hat die Tochter die Butter mit einem Löffel hineingedrückt, daß sie hart ist wie Stein. Diese Tochter wird jetzt im Winter ein Kind bekommen, aber der Bursche ist seiner Wege gegangen, und während sie diese Kiste gepackt hat, mag sie bittere Tränen geweint haben. Und neben dem Buttergefäß liegt ein großer Weiskäse, den seine Frau, Berggüte, bereitet hatte, ehe sie sich legen mußte. Und jetzt schneidet er mit dem Dolchmesser vom dem Käse eine Scheibe ab und legt sie auf das Brot und hat das Gefühl, daß Berggüte und er nun doch nicht so ganz voneinander getrennt sind. Und der große Mann mit dem struppigen, grauen Ziegenbart macht laut irgendeine Bemerkung über das Wetter, damit nur ja keiner denkt, daß er hier traurigen Gedanken nachhängt.

Aber unter dem Käse liegt eine Schicht Fladbröd und weiches Fladenbrot, ein richtiges Weihnachtessen, wenn man Sirup darauf streicht, und Säckchen mit braunem und weißem Zucker zum Kaffee, und Böckfleisch und Würste und Preßkopf und solche Dinge. In der Beilade sind kleine Arzneiflaschen, eine mit Hoffmannstropfen gegen Schnupfen, eine mit Rigaheilsam für den Magen und eine mit Kampferspiritus für Wunden. Dann ist da ein kleines Glas mit Terpentin gegen Stechen in der Brust, und daneben liegt das Gesangbuch, das die Tochter hineingelegt hat, weil die Mutter das auch getan hätte. Jedes kleine Ding hat seinen bestimmten Geruch, der

sich mit dem Geruch all der anderen Dinge mischt, und alle diese Düfte zusammen schaffen eine Atmosphäre von Heimat und Fürsorge, von der man sich umgeben fühlt.

Und ergeht es den anderen nicht ebenso? Sie ducken sich und sind allein. Es wird fast kein Wort gesprochen, man ist jetzt ja weit, weit fort von Lofot und Sturm, man ist wieder bei den Seinen und hat es gut.

Da sitzt Elezeus Hylle, kauend und schweigend, und beugt sich dann und wann zu der Kiste nieder und ist immerfort mit Bert und den Kindern zusammen. Jetzt schlägt er seine Frau nicht, o nein, sie sind die besten Freunde. Und dann die kleine vierjährige Osea! Sie hat einen kleinen Lappen von ihrer Puppe für den Vater mit eingepackt. Da hat sie zwei kleine Löcher hineingefaschnitten, und diese Stück Zeug soll er sich auflegen, wenn ihn die Brust schmerzt. Er nimmt den Lappen wie aus Versehen in die aufgeschwollenen Fäuste und gibt gut acht, daß keiner ihn beobachtet, aber für ihn ist es kein Stück Zeug mehr, es ist ein Bild von dem Kinde selbst. Mit der Rollmurrst und dem Rauchfleisch gibt er sehr sparsam um, es kann ja nicht schaden, wenn er ihnen im Frühling noch etwas wieder mit heimbringen kann.

Es türmt draußen, der Wind dringt durch die undichten Wände, aber die Männer fühlen es nicht mehr, sie sind selber wie aus dem Eismeer gezogen und weiterfest wie Älgen. Sie sitzen da und schneiden mit dem Dolchmesser die Butter, die die Frau bereitet hat, und das Brot, daß sie auf Pump genommen haben, und es ist nicht raffam, sich mehr als fast zu essen, so wie es jetzt mit dem Fang aussieht. Kristaver und sein Sohn stecken die Köpfer zusammen über eine Rille, die groß genug ist für zwei, der blonde, kurzgeschnittene Knabenkopf ist dicht neben dem lockigen Haar des reifen Mannes. Beide finden da unten in der Kiste dieselbe Frau und denken, wie es ihr jetzt wohl gehen mag.

Es kam wohl vor, daß hier und da einer einen spärlichen Blick zum Raubbarn hinüberwarf. Ein Mann ist gewissermaßen nach seiner Vorratskiste zu beurteilen. Ist die Armut schuld, daß Arnt Lofan sich Schweineschmalz auf sein Brot streicht oder will er auch hier geizen und sparen und etwas auf die hohe Kante legen? Henrik Rabben räuspert sich immer wieder und hat ein ganz sanftes Gesicht, aber seine Frau ist ja auch so hübsch, daß die ganze Gemeinde darüber spricht, — und jetzt ist er bei ihr. Und es mündet so herrlich, was sie alles eingepackt hat, nein, man ist wirklich kein armer Kerl, wenn man eine so unvergleichliche Frau hat.

(Fortsetzung folgt.)

